

Fremde Federn: Klaus Naumann

Die Bundeswehr nicht noch mehr schwächen

Die Bemühungen des Verteidigungsministers um die Reform der Bundeswehr scheinen das Desinteresse an der Bundeswehr aufzulösen und die fällige Diskussion über Deutschlands Verteidigungspolitik anzustoßen. Das gelang bei der Veröffentlichung des Weißbuches 2006 nicht. Doch bislang dreht sich die Diskussion nur um die Wehrpflicht; die aber ist nur ein Instrument zur Erfüllung des Verfassungsauftrages nach Artikel 87 des Grundgesetzes. Beginnen müsste sie mit der Frage: Wozu braucht Deutschland Streitkräfte? Gegen welche Gefahren muss es sich schützen? Welche Verpflichtungen sind zu erfüllen?

Nichts davon. Stattdessen wird die Wehrpflicht zum Wesenskern von Parteiprogrammen erklärt; man verbindet sie irrigerweise mit dem Beibehalten der Inneren Führung und erklärt sie zur Voraussetzung der Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft. Einige behaupten, zur Freude unserer Nachbarn und ohne jeden Beleg, Wehrpflichtarmeen seien intelligenter als Berufsarmeen. Ministerpräsidenten, die sich bislang kaum zur Verteidigungspolitik äußerten, erklären sie für unverzichtbar, und ein Parteivorsitzender, der die nur als Einstieg in den Ausstieg zu verstehende Koalitionsvereinbarung eines sechsmonatigen Grundwehrdienst-

tes mit zu verantworten hat, gebärdet sich als Gralshüter der Wehrpflicht und vereinnahmt für seine Partei die Bundeswehr, die sich – anders als die NVA – aber nie als Armee einer Partei gesehen hat.

Alte Soldaten, mehr vermutlich aber die jungen, die unter Einsatz ihres Lebens im Auftrag des Bundestages in Afghanistan kämpfen, hören dies mit Bitterkeit. Denn die Politik schwieg zu der seit 1992 betriebenen Unterfinanzierung der Bundeswehr und zur ständigen Auszehrung des Budgets durch die Verlagerung von Gehaltssteigerungen, Pensionen und Einsatzkosten in den Verteidigungshaushalt bei gleichzeitiger Erweiterung der Auslandseinsätze.

Die Kernfrage ist: Welche Streitkräfte braucht Deutschland, um den Schutz des Landes sicherzustellen und um seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen? Erst dann kann man fragen: Was ist personell und finanziell möglich? Darauf aufbauend, kann der Verteidigungsminister Modelle mit oder ohne Wehrpflicht entwickeln und bewerten, welches Restrisiko verbleibt und welche Auswirkungen auf Deutschlands Stellung in UN, Nato und EU zu erwarten sind.

Deutschland hat den Risikobewertungen der Nato und der EU stets zugestimmt; das Weißbuch gibt dies wieder.

Das im November zu beschließende neue Strategische Konzept der Nato wird diese Bewertungen weitgehend wiederholen, vermutlich ergänzt um „Cyberwar“, und es wird auf neue Gefährdungen hinweisen, die als Folge von Ressourcenknappheit und Klimawandel entstehen können. Es wird feststellen, dass die Gefahr eines Angriffs auf die Nato als Ganzes gering ist, weil niemand auf der Welt die Nato militärisch besiegen kann. Das Bündnis wird aber betonen, dass Staaten an der Peripherie des Nato-Gebietes gefährdet sind, und deshalb von allen die Bereitschaft und die Fähigkeit fordern, solidarisch Beistand zu leisten.

Man wird auf die Risiken verweisen, die von Terrorismus, der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen und Raketen, von grenzüberschreitender Kriminalität und zerfallenden Staaten ausgehen, und vorschlagen, wie es schon das Weißbuch tat, diesen Risiken dort zu begegnen, wo sie entstehen, damit Gefährdungen im Bündnisgebiet verhindert werden.

Daraus folgt, dass Deutschland Beiträge leisten muss zum Schutz vor Raketen- und Luftangriffen mit und ohne ABC-Waffen, zum Schutz der Seewege und zu Einsatzkräften von Nato oder EU, die an der Peripherie des Nato-Gebietes oder darüber hinaus Gefahren bekämpfen. Dazu braucht man Streitkräf-

te, die über das gesamte Spektrum von intensiven Kampfhandlungen bis hin zu Stabilisierungseinsätzen und Katastrophenhilfe verwendet werden können, die rasch verfügbar und schnell verlegbar sind und die mit den Streitkräften der Verbündeten uneingeschränkt kooperieren können.

Dieses Aufgabenspektrum ist mit Wehrpflichtigen mit sechs Monaten Ausbildung nicht zu bewältigen. Ihr Einsatz wäre unverantwortlich, und lange Zeiten der Vorbereitung und Mobilmachung gibt es heute nicht. Die Koalition hat somit die Optionen so reduziert, dass dem Minister nur ein Aussetztes bleibt, denn zur Nachwuchsgewinnung allein ist er nicht vertretbar. Hielte man daran fest, dann bindet man rund 20 000 Zeit- und Berufssoldaten, erhält eine stattliche Wehrrersatzorganisation und erzeugt beträchtliche Personalkosten, ohne auch nur ein Jota an Kampfkraft zu gewinnen, vom deutschen Gewicht in Nato und EU zu schweigen.

Politiker, die eine leistungsfähige Bundeswehr wollen und ihre Verantwortung für diese ernst nehmen, dürfen sie deshalb durch Festhalten an einem politisch ausgehöhlten Wehrdienst nicht noch mehr schwächen.

Der Verfasser war von 1991 bis 1996 Generalinspekteur der Bundeswehr.